

Gemeinsamer Antrag im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr

An die Vorsitzende des Ausschusses
für Stadtentwicklung und Verkehr

Frau Sabrina Gutsche

Rat / Ausschuss

ASV

Datum

14.02.2022

Sehr geehrte Frau Gutsche,

die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Bürger für Meckenheim und FDP bitten darum, den nachfolgenden Antrag mit auf die Agenda der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 10.03.2022 zu nehmen:

Unterstützung der Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“

Antrag

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Meckenheim, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Meckenheim unterstützt die Forderung der Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr“, den Städten und Gemeinden mehr Entscheidungskompetenzen zur Festlegung stadtverträglicher Geschwindigkeiten im Verkehr zu gewähren.
2. Der Rat der Stadt Meckenheim beauftragt den Bürgermeister, die Städteinitiative im Namen der Stadt Meckenheim zu unterzeichnen.

Begründung

Das in Art. 28 Abs. 2 GG verankerte Recht auf kommunale Selbstverwaltung ermöglicht den deutschen Städten, Kreisen und Gemeinden, die unter dem Begriff „Kommune“ zusammengefasst werden, ihre örtlichen Angelegenheiten selbstständig zu erledigen.

Dieses Recht wird aber nach unserer Einschätzung durch zahlreiche Gesetze ausgehöhlt. Dazu zählt auch die Straßenverkehrsordnung.

Sicherheit, Lärmschutz, Schadstoffreduzierung und Klimaschutz – viele Gründe sprechen dafür, im Stadtgebiet und den Ortsteilen die Bereiche, in denen eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h gilt, deutlich auszuweiten. Das lässt die Straßenverkehrsordnung aktuell nicht zu.

Fehlende Entscheidungskompetenzen für die Kommunen führten auch bei uns dazu, dass das Anliegen von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern bzw. Bürgerinitiativen, in bestimmten Bereichen Tempo 30 einzurichten (u.a. Ortsdurchfahrt Altendorf-Ersdorf, Siebengebirgsring, Adendorfer Straße, Danziger Straße, Klosterstraße, Bonner Straße, etc.), von der Stadt Meckenheim nicht umgesetzt werden konnte.

Mehrere Städte haben nun eine Initiative gestartet, mit der Bund und Länder den Kommunen Regelungsmöglichkeiten zugestehen sollen, die weitergehen als bisher.

Absicht der Städteinitiative ist es, die Straßenverkehrsordnung so zu ändern, dass die darin enthaltenen Vorgaben entfallen und Kommunen selbst entscheiden können, wo sie Tempo 30-Zonen oder -Streckenabschnitte anordnen wollen.

Die Städteinitiative fasst ihre Ziele in den folgenden vier Punkten zusammen:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Das Präsidium des Deutschen Städtetages unterstützt die Städteinitiative in einem Beschluss vom 30.06.2021: „[...] Die Vorschläge der „Städteinitiative Tempo 30 für mehr Lebensqualität in Städten und Gemeinden“ bieten eine gute Grundlage, die durch Regeländerung ermöglicht und in Modellversuchen erprobt werden sollten [...].“

Auch in Meckenheim haben Verwaltung und Politik immer noch nicht die Möglichkeit, Höchstgeschwindigkeiten auf Basis aller relevanten Aspekte (z.B. Sicherheit, Lärm, Schadstoffbelastung, Verkehrs- und Mobilitätswende) zu definieren. Daher sind die Forderungen des Städtetages und die von mehreren Städten angestoßene Städteinitiative auch für uns wichtig und sollten von der Stadt Meckenheim unterstützt und mitgezeichnet werden.

(im Original unterzeichnet und per E-Post versandt)

Joachim Kühlwetter
Fraktionsvorsitzender
(CDU)

Rebecca Stümper
Co-Fraktionsvorsitzende
(Bündnis 90 / Die Grünen)

Johannes Steger
Fraktionsvorsitzender
(BfM)

Heribert Brauckmann
Fraktionsvorsitzender
(FDP)